

Gemeinderat am 17.07.2018

Hauptthema der letzten Sitzung des Gemeinderats vor der Sommerpause war die erneute Beratung über den Standort eines Bürgerhauses. Außerdem befasste sich der Gemeinderat mit einem Teil der künftigen Haushaltsstruktur, der Friedhofsordnung und dem Kauf eines neuen Fahrzeugs für den Bauhof. Der Bürgermeister informierte über den Stand des Baugesuchs für den Neubau der KiTa Weil-Mitte.

Zu Beginn der Sitzung informierte der Bürgermeister über drei Beratungen und Beschlüsse aus nichtöffentlichen Sitzungen.

- Unmittelbar vor der Gemeinderatssitzung stellten sich im Gemeinderat die beiden Bewerberinnen um die vakante Schulleitungsstelle in Breitenstein vor. Die Entscheidung über die Stellenbesetzung treffen das Regierungspräsidium und das Kultusministerium.
- In der letzten Gemeinderatssitzung beschloss der Gemeinderat, in Neuweiler Automaten für den Lebensmittelverkauf, sog. Regiomaten, aufzustellen. Betreiber wird die Breitensteiner Ladengeschäft GbR sein. Eine Förderung aus Mitteln des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum ist leider nicht möglich.
- Ebenfalls in der letzten Sitzung erklärte der Gemeinderat die Grundstücksverhandlungen für das Bürgerhaus am Standort Röte für beendet. 7 Eigentümer hätten ihr Grundstück an die Gemeinde verkauft. Mit einem Eigentümer, dessen Grundstück benötigt wird, konnte keine Einigung erzielt werden. Der Gemeinderat beschloss, auf der Grundlage der Daten vom Dezember 2016 erneut über einen Standort für das Bürgerhaus zu beraten.

Bürgerhaus – erneute Festlegung eines Standorts und weitere Umsetzungsschritte

Bürgermeister Wolfgang Lahl erinnerte eingangs an die ausführliche Beratung im Dezember 2016. Damals hatte sich der Gemeinderat unter zwei guten Standorten für das Bürgerhaus mit knapper Mehrheit für den Standort in der Röte entschieden. Die Umsetzbarkeit hing von der Möglichkeit ab, alle benötigten Grundstücke zu erwerben. Da dies nicht der Fall ist befindet sich die Gemeinde nun wieder im Stand vom Dezember 2016.

Zusätzlich wurde überprüft, ob das Bürgerhaus auch auf dem Turnerheim-Grundstück oder bei einem neuen Standort im kommenden Baugebiet Weil-Mitte gebaut werden kann. Aus Sicht der Gemeindeverwaltung sind beide Standorte nicht so gut geeignet wie der Standort am See. Am Turnerheim wäre über die gesamte Bauzeit von 2-3 Jahren keine Parallelnutzung möglich, so dass die kulturtreibenden Vereine keine Nutzungsmöglichkeiten hätten. Im Neubaugebiet Weil-Mitte wäre die zentrale Lage ein großer Pluspunkt. Dagegen spricht die Zeitschiene bis zur Realisierung. Da zunächst das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs und die Umsetzung in einem Bebauungsplan vorliegen und die Umlegungsvereinbarungen abgeschlossen sein müssen wäre ein Baubeginn bestenfalls im Jahr 2022 möglich, was angesichts des Zustands des Turnerheims viel zu spät wäre.

Hinzu kommt, dass im neuen Baugebiet Weil-Mitte keine Förderung aus Sanierungsmitteln möglich wäre. Die Gemeinde würde dadurch die finanziell sehr attraktive Forderung von ca. 18 % verlieren.

Die vom Gemeinderat gewünschte Darstellung der wirtschaftlichen Konsequenzen zu den noch bestehenden Standortalternativen ergäbe keine belastbaren Zahlen, weil hier zu viele Unbekannte enthalten sind. Unstrittig ist aber, dass die wirtschaftlichste Lösung dauerhaft immer die Lösung sein wird, die eine hohe externe Förderung hat.

Aus Verwaltungssicht sei der Standort des Bürgerhauses am See inzwischen der einzig sinnvolle andere Standort gegenüber dem Standort in der Röte.

Gemeinderat Kolb betonte, dass von zwei ehemals guten Standorten nur noch einer übrig geblieben sei. Bereits im Dezember 2016 habe sich der Gemeinderat viele Gedanken zur Umsetzung des Bürgerhauses am See gemacht und dabei auch die langfristigen Auswirkungen berücksichtigt. Ein sehr wichtiger Umstand sei, dass die Förderfähigkeit des Bürgerhauses aus Sanierungsmitteln nur am See besteht. Er wies darauf hin, dass der Bereich am See in jedem Fall überplant und gestaltet werden müsste und forderte dazu auf, nach einem jahrelangen Entscheidungsprozess jetzt den notwendigen Beschluss zu treffen.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl berichtete, dass auch er den verkaufsunwilligen Eigentümer des Grundstücks in der Röte nicht überzeugen konnte, sein Grundstück an die Gemeinde zu verkaufen. Er sprach sich gegen den Bau des Bürgerhauses am See aus, weil aus seiner Sicht zwei unterschiedliche Nutzungen in diesem Bereich durch das Pflegeheimhaus Martinus und das Bürgerhaus nicht zusammenpassen. Zudem sei es in der Bevölkerung nicht vermittelbar, wenn es zwei Standorte für Pflegeheime in der Gemeinde gebe.

Gemeinderat Frey sah keine Alternative zum Bau des Bürgerhauses am See.

Der Bürgermeister berichtete über Haltung der Stiftung Liebenau gegenüber einem Bürgerhaus am See. Sowohl die Regionalleitung als auch die Heimleitung vor Ort, Frau Ulu, unterstützen den See als Standort eines Bürgerhauses. Die Heimleitung sieht darin gute Möglichkeiten, die Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner am sozialen Leben in der Gemeinde zu stärken. Hinzu kommt, dass das Bürgerhaus auch für Veranstaltungen des Hauses Martinus genutzt werden könnte. Der Bürgermeister führte weiter aus, dass die Stiftung Liebenau den Standort eines weiteren Pflegeheimes am See nicht ablehnt, aber auch für andere Standorte offen ist. Es geht dabei um zusätzliche 30-35 Pflegeheimplätze. Aus Sicht der Stiftung Liebenau sei es unproblematisch, die Pflegeheimplätze in der Gemeinde auf zwei Standorte zu verteilen.

Er kündigte an, die Suche nach einem weiteren Standort für die Erweiterung des Pflegeheimes Haus Martinus in der Gemeinde anzugehen, sobald die Standortfrage für das Bürgerhaus geklärt ist.

Gemeinderat Dauber sprach an, dass auch andere Träger von Pflegeheimen in der Gemeinde denkbar sind. Da der Wunschstandort In der Röte nicht umsetzbar ist müssten nun die Fakten akzeptiert und der Bereich am See als ebenbürtiger

Standort festgelegt werden. Gute Alternativen dazu sehe er nicht, zumal sich dieses Grundstück schon im Eigentum der Gemeinde befindet.

Gemeinderat Finger brachte vor, dass der Bereich am See bereits im Gemeindeentwicklungsplan als Standort für ein Bürgerzentrum enthalten war. Dies umzusetzen, nachdem die Grundstücksverhandlungen für den anderen Standort in der Röte gescheitert sind, sei die logische Konsequenz.

Gemeinderat Hiller betonte, dass er den Bau eines Bürgerhauses unterstützt. Der Standort am See habe für ihn aber Vorrang für die Schaffung weiterer Pflegeplätze. Bei der Verabschiedung des Gemeindeentwicklungsplanes sei nicht bekannt gewesen, wie sich der Bedarf an Pflegeplätzen entwickeln wird. Zudem sei bereits damals der Standort am See für ein Bürgerhaus umstritten gewesen.

Der Bürgermeister bestätigte, dass die Bedarfszahlen des aktuellen Kreispflegeplans bei der Diskussion des Gemeindeentwicklungsplans noch nicht bekannt waren. Ebenso sei zutreffend, dass der Standort eines Bürgerhauses am See im Gemeindeentwicklungsplan kontrovers diskutiert wurde. Er betonte, dass nun ein alternativer Standort für das Bürgerhaus gefunden werden müsste und dass der Gemeindeentwicklungsplan bewusst keine verbindlichen Prioritäten festgelegt hat.

Für Gemeinderat Thomas Müller wurde der Bereich um den See schon immer als Zentrum der Begegnung gesehen und nicht als Standort eines Pflegeheims.

Gemeinderätin Pfaff sprach Parkplatzprobleme bei parallelen Veranstaltungen in den benachbarten Bereichen wie Radsporthalle und Musikerheim an. Der Bürgermeister bestätigte, dass das Bürgerhaus ein ordentliches und ausreichendes Parkplatzangebot haben muss. Dasselbe Problem wäre aber auch am Standort in der Röte aufgetreten.

Gemeinderat Kolb beantragte, über den neuen Standort des Bürgerhauses Beschluss zu fassen. Der Bürgermeister verwies darauf, dass der Beschlussvorschlag außerdem beinhaltet, das Raumprogramm unter Einbeziehung des Vereinsrings und möglicher zukünftiger Nutzer fortzuschreiben. Das fortgeschriebene und vom Gemeinderat akzeptierte Raumprogramm sei dann die Basis für einen Architekturwettbewerb.

Mit 15 Ja-Stimmen und vier Gegenstimmen sprach sich der Gemeinderat mit großer Mehrheit bei dem geplanten Bürgerhaus für den Standort Seegärten aus.

Festlegung der Teilhaushaltsstruktur für den künftigen Haushalt

Der Bürgermeister verwies auf die öffentliche Vorberatung dieses Themas im Sozial- und Finanzausschuss am 03.07.2018. Ohne weitere Beratung beschloss der Gemeinderat, sechs Teilhaushalte festzulegen:

- Teilhaushalt 1: Innere Verwaltung
- Teilhaushalt 2: Sicherheit, Ordnung und Soziales
- Teilhaushalt 3: Kinder, Jugend und Bildung
- Teilhaushalt 4: Kultur, Sport und Erholung

- Teilhaushalt 5: Bauen, Wohnen, Umwelt und Wirtschaft
- Teilhaushalt 6: Allgemeine Finanzwirtschaft

Änderung der Friedhofsordnung

Der Bürgermeister sprach an, dass die in der letzten Sitzung des Gemeinderats beschlossenen zusätzlichen Bestattungsformen im Friedhof Breitenstein auch in der Friedhofsordnung berücksichtigt werden müssen. Einstimmig beschloss der Gemeinderat die dazu notwendige Änderung der Friedhofsordnung. Veröffentlicht wird die geänderte Satzung erst, wenn die tatsächliche Möglichkeit besteht, die neuen Bestattungsformen zu nutzen.

Ersatzbeschaffung eines Pritschenwagens für den Gemeindebauhof.

Ortsbaumeister Ehmann berichtete, dass 2018 planmäßig die Ersatzbeschaffung eines Pritschenwagens für die Friedhofskolonne des Bauhofs ansteht. Die Gemeindeverwaltung hat aufgrund des Anforderungsprofils „Doppelkabine, 3,5 t Gesamtgewicht, 3-Seiten-Kipper und Anhängerkupplung“ verschiedene Angebote eingeholt. Motorleistung und Tonnage sind weitgehend identisch. Unterschiede gibt es lediglich bei der Zahl der vorhandenen Sitzplätze. Unter dem Strich ist das Angebot des einheimischen Autohauses Zimmermann für ein Fahrzeug Renault-Master mit 34.063,27 € am wirtschaftlichsten, weshalb der Auftrag entsprechend vergeben werden sollte.

Gemeinderat Finger sprach die früheren Überlegungen an, ein Fahrzeug mit Wechselbrücke anzuschaffen, um flexibler zu sein. Der Ortsbaumeister antwortete darauf, dass dies bei der nächsten Ersatzbeschaffung, dem Lkw für den Winterdienst, ein Thema sein wird. Diese Ersatzbeschaffung steht in drei Jahren an.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, das Neubaufahrzeug beim Autohaus Zimmermann zu beschaffen.

Bekanntgaben

Der Bürgermeister informierte den Gemeinderat mittels mehrerer Grundrisse, Gebäudeschnitte und Außenansichten über den aktuellen Planungsstand beim Neubau der Kita für das Baugebiet Weil-Mitte. Der Grundriss wurde an zwei Stellen verändert, was auf Vorschläge aus den frühzeitigen Beteiligungen zurückzuführen war. Aus dem Bestandsaußenbereich wird im Westen des Grundstücks doch ein Gehweg zur Verfügung gestellt. Im Süden des Gebäudes soll ein barrierefreier Stellplatz entstehen. Der hinzuzugezogene Verkehrsplaner empfiehlt, zusätzliche Stellplätze im Westen, also über die Seitenbachstraße hinaus, anzulegen. Die Gemeindeverwaltung hat dazu bereits Gespräche mit den Grundstückseigentümern aufgenommen.

Der Grundriss im Obergeschoss blieb beinahe unverändert. Das Gebäude wird etwas in den Boden versenkt. Die Nordansicht, die aus mehreren Funktionsräumen besteht, wird mit Fassadenabsetzungen aufgelockert. Die Fassade im Süden ist durch die Anordnung der Betreuungsräume ohnehin schon stark aufgelockert.

Das Baugesuch wurde bereits zur Genehmigung im Landratsamt Böblingen eingereicht. Eine Beratung über die notwendigen Befreiungen war im Gemeinderat nicht mehr fristgerecht für diese Sitzung möglich. Um keine Zeit zu verlieren ist vorgesehen, über die notwendigen Befreiungen in der Sommerpause im Rahmen einer Eilentscheidung des Bürgermeisters unter umfassender Information der Fraktionen des Gemeinderates zu entscheiden. Dabei geht es um die

- Überschreitung der Haupt-GRZ
- Baugrenzüberschreitung im Nordwesten
- EFH-Überschreitung der nördlichen Festsetzung
- Gebäudehöhenüberschreitung im Süden

Gemeinderat Finger regte an, wegen der kritischen Haltung der Anlieger die Entscheidung über die Erteilung der notwendigen Befreiungen nicht als Eilentscheidung des Bürgermeisters zu treffen, sondern in einer Sitzung des Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschusses. Dadurch könnten die Beweggründe für die getroffenen Entscheidungen besser dargelegt werden. Der Bürgermeister informierte, dass sich die Gemeinde innerhalb von vier Wochen zu den notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes äußern muss, weil ansonsten eine Zustimmungsfiktion eintritt. Denkbar wäre jedoch, beim Landratsamt eine Fristverlängerung zu beantragen.

Er berichtet, dass die Verwaltung vorab auf das Landratsamt zugeht mit der Frage, ob die Baugenehmigung ohne Änderung des Bebauungsplanes erteilt werden kann. Die Auskunft des Landratsamtes war positiv. Letztendlich wird die Baugenehmigungsbehörde im Landratsamt entscheiden, ob die vorgesehenen Überschreitungen zulässig sind oder nicht.

Der Bürgermeister sagte zu, die inhaltliche Prüfung zu den Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes wie bisher gewohnt durchzuführen und diese den Fraktionen des Gemeinderates zur Verfügung zu stellen. Sein Ziel sei, hier so weit als möglich Transparenz herzustellen, weshalb auch der Öffentlichkeit nachträglich informiert würde.

Gemeinderat Dauber sah es ebenfalls als sinnvoll an, die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes in einer Sondersitzung des Ausschusses zu behandeln. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die Gemeinde in ihrer Prüfung nicht auf Angrenzereinwände eingehen wird, das sei Aufgabe des Landratsamtes. Die Gemeinde hat sich nur dazu zu äußern, ob die beantragten Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes akzeptabel sind.

Gemeinderätin Himmelein sprach an, wer bei diesem Bauvorhaben als Anlieger zu beteiligen ist. Dazu berichtete der Bürgermeister über eine zwischenzeitliche rechtliche Änderung. Wurden früher nur die unmittelbaren Anleger eines Bauvorhabens gehört, müssen in der Zwischenzeit auch nicht direkte Anlieger einbezogen werden, deren Belange berührt sein können. Ob dann tatsächlich Belange des Nachbarschutzes unzumutbar betroffen sind wird durch die Baugenehmigungsbehörde geprüft und entschieden.

Der Bürgermeister kündigte als Ergebnis der Diskussion eine außerplanmäßige Sitzung des Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschusses am 28. August 2018 an. Die Ausführungsplanung und die weiteren Vorbereitungen würden jedoch fortgesetzt. Dieses Risiko hätte die Gemeinde in jedem Fall, da auch bei einer Eilentscheidung des Bürgermeisters eine Baugenehmigung nicht vor Ende September vorläge.

Auf Anfrage von Gemeinderätin Himmelein sagte der Bürgermeister zu, jeder Fraktion einen Satz der heute vorgestellten Pläne zukommen zu lassen.

Anfragen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Himmelein fragte nach den Anmeldezahlen der Gemeinschaftsschule. Der Bürgermeister berichtete, dass die Anmeldesituation keinen Anlass zu Besorgnis gebe. Momentan wird mit 34 – 36 neuen Schülern die geforderte Zweizügigkeit der Eingangsklassen problemlos erreicht.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl kritisierte die unpünktliche Auslieferung des Mitteilungsblattes. Die Gemeindeverwaltung bestätigte entsprechende Hinweise aus Bevölkerung und wird diese, wie bisher, beim Verlag reklamieren.

Gemeinderat Frey sprach an, wann der Traude-Hübner-Hecker-Weg saniert wird. Es böte sich an, diesen Weg in den bevorstehenden Sommerferien anzugehen. Ortsbaumeister Ehmann berichtete, dass diese Baumaßnahme durch die gleiche Baufirma wie in der Hartmannstraße umgesetzt wird. Erfahrungsgemäß setzen diese großen Baufirmen ihre großen Teer-Kolonnen in den Sommerferien eher in Großbaustellen des Landes und des Bundes ein. Daher wird der Traude-Hübner-Hecker-Weg vermutlich erst im Herbst 2018 saniert werden können. Feste Ausführungszeiträume in Schulferien können in der Ausschreibung zwar vorgegeben werden, würden aber zu viel höheren Kosten führen.

Gemeinderätin Pfaff erkundigte sich, weshalb die Sitzbank am Häckselplatz demontiert worden sei. Dazu berichtete der Bürgermeister, dass dies vorsorglich erfolgte, weil die Bank direkt unter einem Baum steht, bei dem ein Befall durch den Eichenprozessionsspinner festgestellt wurde.

Gemeinderat Finger erinnerte an die Pflege des Grundstücks für die KiTa Weil-Mitte, was die Verwaltung zusagte.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.